

|                           |                                                                                                                         |                             |                              |
|---------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------|------------------------------|
| Vorlage der Verwaltung    | Fachbereich:<br><b>Büro des Bürgermeisters</b>                                                                          | Datum:<br><b>08.12.2016</b> | Genehmigungsvermerk          |
| Tagesordnungspunkt<br>6.2 | Bezeichnung der Vorlage:<br><br><b>Bürgerantrag vom 01.11.2016<br/>betreffend "Unterbringung von<br/>Asylsuchenden"</b> |                             | Datum: 08.12.16              |
| Vorlage-Nr:<br>VO/3870/16 |                                                                                                                         |                             | Bürgermeister:<br>Gez. Stock |
| Zu beraten im:            |                                                                                                                         |                             |                              |
| Ö/N                       | Datum                                                                                                                   | Gremium                     |                              |
| Ö                         | 20.12.2016                                                                                                              | Rat der Stadt Wegberg       |                              |

### Sachverhalt:

Mit Datum vom 01.11.2016 wurde durch einen Bürger der Stadt Wegberg die beigefügte Anregung nach § 24 der Gemeindeordnung NRW eingereicht.

Die Anregung hat die Unterbringung von Asylsuchenden zum Gegenstand.

### Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt Kenntnis und beschließt, die Anregung in den zuständigen Fachausschuss (Ausschuss für Bildung, Kultur, Soziales und Sport / Ausschuss Für Bildung, Integration und Soziales zu verweisen.

### Anlage/n:

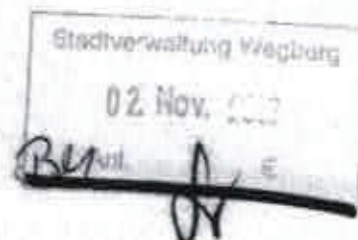
Bürgeranregung „Unterbringung von Asylsuchenden“ vom 01.11.2016

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten  
Gez. Lambertz FBL Büro BM

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

41844 Wegberg

1-11-2016



Betr.: Anregung gem. Art. 19 der Hauptsatzung der Stadt Wegberg und § 24 GO NRW

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wie Sie wissen sind Asylsuchende in Wegberg unter m.E. menschenunwürdigen Bedingungen in der Nordstrasse untergebracht. Auf Grund meiner Anfrage im Kreistag hat dann eine Überprüfung stattgefunden. Der Leiter des Gesundheitsamtes hat im Ausschuss für Gesundheit und Soziales bestätigt, dass die von mir vor allem mit Bildern belegten Zustände so vorgefunden wurden. Wie mir der Verein „Asyl in Wegberg e.V.“ auf Anfrage mitgeteilt hat, sind die beanstandeten Mängel weitgehend abgestellt. Allerdings sind die Lebensbedingungen dort immer noch schrecklich und menschenunwürdig.

Ich hatte in der Bürgeranhörung vor einiger Zeit in Arsbeck den Regierungsvertreter dahingehend befragt, was mit den Wohnungen in Petersholz geschehen solle, die nicht als Erstaufnahmeeinrichtung genutzt werden. Der Regierungsvertreter hat sich dahingehend geäußert, dass eine Vermietung an Dritte möglich sei, wenn dieses zu der Einrichtung passe.

Einhelliges Ziel der Flüchtlingspolitik ist die Integration der Menschen in unsere Gesellschaft. Dies erscheint mir weder in der Nordstrasse aber auch nicht in Petersholz möglich zu sein. Anders als in der Nordstrasse wäre allerdings in Petersholz eine menschenunwürdige Unterbringung möglich.

Ich bitte daher den Stadtrat zu prüfen, ob eine Umsiedlung der in der Nordstrasse lebenden Flüchtlinge nach Petersholz möglich und sinnvoll ist. Nach meinen Informationen würde einer derartigen Lösung das Land NRW nicht entgegenstehen.

Weiterhin bitte ich darum, dass der Stadtrat prüft, welche Möglichkeiten bestehen, die Flüchtlinge mit Bleiberecht in die Gesellschaft zu integrieren z.B. durch den kommunalen Neubau von entsprechenden Wohnungen im Zusammenhang mit der Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

 Ich bitte höflichst um Mitteilung, wann der Stadtrat sich mit der Angelegenheit befasst. Sollten Sie weitere Ausfertigungen dieser Anregungen benötigen bitte ich um entsprechende Mittheilung.









